



3rd World Congress
NAGASAKI,
JAPAN 2010
9-12 November

UNI
global
union

突破

3rd World Congress

Nagasaki

Japan 2010

breaking through

Durchbruch

Entschließungen

Verabschiedet vom
3. UNI Global Union-Weltkongress
Nagasaki, 9.-12. November 2010

Vorwort

Diese Publikation enthält die Grundsatzentscheidungen des 3. UNI Global Union-Weltkongresses, der vom 9. bis 12. November 2010 in Nagasaki stattfand.

Der Kongress stand unter dem Motto: "Durchbruch", und die UNI Global Union-Aktionsstrategie in der Zeit vom Weltkongress Nagasaki bis zum Weltkongress in Kapstadt im Jahr 2014 erhielt weit reichende Zustimmung von den Delegierten.

Der UNI Global Union *Durchbruch*-Strategieplan wurde einstimmig gutgeheißen. Mit dem Rückhalt der Mitgliedsorganisationen und dem Willen zur Umsetzung dieses Programms sind wir gut gerüstet, um das Wachstum und die Stärkung unserer Mitgliedsorganisationen und die Effizienz von UNI Global Union aktiv zu fördern, um auf diese Weise zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und verwandten Bereichen beizutragen.

Dem Kongress wurden 36 Anträge und mehrere Änderungsanträge verschiedener Mitgliedsorganisationen unterbreitet.

Als Ergebnis der vom Entschließungsausschuss geleisteten Arbeit wurden mehrere dieser Vorschläge kombiniert oder in bestehende Anträge eingebunden. Die daraus resultierenden 17 Anträge hat der Entschließungsausschuss dem Kongress zur Annahme vorgelegt.

Der Kongress beschloss, zwei Anträge – 'Entwicklung transnationaler Tarifverhandlungen' und 'Sprachliche Nichtdiskriminierung' – im Hinblick auf ihre weitere Behandlung an den Weltvorstand weiterzuleiten.

Die vom Kongress verabschiedeten 15 Entschlüsse bekräftigen unsere Position in folgenden Fragen:

Entschluß 1: UNI Global Union Durchbruch - Strategieplan

Entschluß 2: Durchbruch bei der Frauenvertretung in UNI Global Union

Entschluß 3: UNI Global Union-Mitgliedsbeiträge 2011-2010

Entschluß 4: Finanz- & Wirtschaftskrise

Entschluß 5: Frieden

Entschluß 6: Migration und Frauenhandel

Entschluß 7: Zu der Basis vordringen

Entschluß 8: Lieferketten – Ethischer Handel - Schutz der Arbeitnehmer/innen

Entschluß 9: Aktionen zur Unterstützung von F&F

Entschluß 10: Soziale Sicherheit und Gesundheitsvorsorge sind grundlegende Bestandteile menschenwürdiger Arbeit

Entschluß 11: UNI Global Union arbeitet für die Beseitigung der Gewalt am Arbeitsplatz

Entschluß 12: Gesundheitsvorsorge ist ein für menschenwürdige Arbeit unverzichtbares Menschenrecht

Entschluß 13: Klimawandel und nachhaltige Entwicklung Resolution

Entschluß 14: Naher Osten

Entschluß 15: Junge Arbeitskräfte und menschenwürdige Arbeit

Mitglieder des Entschließungsausschusses

Vorsitzende:

Ann Selin PAM Finnland

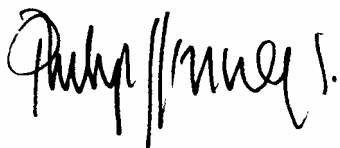
Sekretärin:

Christy Hoffman UNI Global Union

Mitglieder:

Akiko	Gono	UI Zensen	Japan
Benson	Okwaro	COWU	Kenia
Christina	Colclough	NFU	Nordische Länder
Dmitry	Dozorin	CWU	Russland
Edgardo	IoZIA	UILCA	Italien
Erwin	De Deyn	SETCa-BBTK	Belgien
Heinrich	Bleicher-Nagelsmann	Ver.di	Deutschland
Hugo	Giarelli	FATLYF	Argentinien
Ian	Blandthorn	SDA	Australien
Jim	Sauber	NALC	Vereinigte Staaten
John	Baldwin	CWU	Vereinigtes Königreich
Maxine	Gay	NDU	Neuseeland
Mette	Kindberg	HK	Dänemark
Michel	Muller	FILPAC-CGT	Frankreich
Ndèye Founé	Niang	SNTPT	Senegal
Patricia	Nyman	SACCAWU	Südafrika
Simon	Dubbins	Unite the Union	Vereinigtes Königreich
Susana	Stochero de Rueda	FATSA	Argentinien
Toni	Moore	BWU	Barbados
Vijaya	Latchmi Suppiah	GMBWU	Malaysia
William	Maunier	SNRT-CGT	Frankreich
Wolfgang	Greif	GPA-DJP	Österreich

Wir zählen auf die Unterstützung aller unserer Mitgliedsorganisationen bei der Umsetzung unserer Strategie, mit dem Ziel, auf dem 4. UNI-Weltkongress 2014 in Kapstadt viele konkrete Erfolge vorweisen zu können.



Philip J. Jennings
UNI-Generalsekretär



Christy Hoffman
Stellvertretende Generalsekretärin

Entschließung Nr. 1

UNI Global Union Durchbruch Strategieplan

Der 3. UNI-Weltkongress beschließt, die UNI Global Union-Aktionsstrategie von Nagasaki bis Kapstadt - 2010-2014, die unter der Bezeichnung *UNI Durchbruch - Strategieplan* bekannt sein wird, wie folgt zu gestalten:

1 Unser UNI Global Union - Auftrag lautet:

Einen aktiven Beitrag zur Entwicklung und zur Stärkung der angeschlossenen Gewerkschaften und von UNI Global Union leisten, mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen und Lebensqualität der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und verwandten Bereichen zu verbessern.

2 Unsere UNI Global Union -Werte und Grundsätze:

Unsere Tätigkeiten orientieren sich an den nachstehend erwähnten Werten und Prinzipien:

- a) **Neuaustrichtung der Globalisierung:** Eine globale Gewerkschaft, die für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz kämpft.
- b) **Arbeitsplätze sowie soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle:** Eine gerechte Verteilung des Wohlstandes in der Welt sowie menschenwürdige Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen für alle.
- c) **Organisierung des Dienstleistungssektors und verwandter Bereiche:** Ein Engagement zur Schaffung von Voraussetzungen für Gewerkschaftsentwicklung und gewerkschaftliche Organisierung mit globaler Dimension.
- d) **Freiheit statt Angst:** Ein Engagement für Menschen- und Gewerkschaftsrechte in jedem Land und in jedem Unternehmen sowie für Solidarität mit allen Menschen in Not oder Bedrängnis.
- e) **Gleichheit:** Gleiche Rechte und Chancengleichheit für alle, ungeachtet von Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung, Kultur oder Religion, in Gewerkschaften, in Unternehmen, in der Politik und in der Gesellschaft.
- f) **Aktionsgemeinschaft:** Kollektive Lösungen für menschliche Bedürfnisse und hochwertige öffentliche Dienste für alle.
- g) **Absolut alle** sind Teil dieses inklusiven Prozesses globaler, regionaler und sektoraler Teamarbeit, an der UNI-Mitgliedsorganisationen, ihre Basis, Gewerkschaftsvertreter und leitende Funktionäre sowie der UNI-Mitarbeiterstab zur Erreichung konkreter Ziele aktiv mitwirken müssen.

3 Unsere fünf strategischen UNI Global Union-Ziele

Unser integriertes Vorgehen hat die Stärkung aller Komponenten von UNI Global Union zum Ziel. Globale und regionale Herausforderungen verlangen gemeinsames Handeln. Im Rahmen der bestehenden UNI Global Union-Entscheidungsstrukturen werden Pläne ausgearbeitet, in deren Zentrum die nachstehend erwähnten Hauptanliegen stehen. Den UNI-Mitgliedern kommt eine große Bedeutung bei der praktischen Umsetzung dieser Pläne zu; alle angeschlossenen Gewerkschaften müssen eine aktive Rolle spielen. Auf den jährlichen Tagungen des UNI-Weltvorstandes werden erreichte Ziele, Zielvorstellungen und Pläne geprüft, die gleiche Aufgabe haben auch die einzelnen Regionalvorstände, die globalen Sektorgewerkschaften und die berufs- und sektorübergreifenden Gruppen.

a) Globale Konzerne

Strategisches Ziel: Aufbau organisatorischer Stärke in den in unseren Sektoren tätigen globalen Konzernen und Aushandlung globaler und regionaler Abkommen.

- a.1 Durchführung hochwertiger **aktionsorientierter Untersuchungen** über die Tätigkeiten und Beschäftigungspraktiken ausgewählter globaler Unternehmen in UNI-Sektoren; Ermutigung der Mitgliedsorganisationen, die Resultate ihrer eigenen Recherchen zu teilen, beispielsweise durch die globalen Gewerkschaftsallianzen.
- a.2 Entwicklung von **Gewerkschaftsallianzen** zwischen Mitgliedsorganisationen und Unterstützung von Netzen für einzelne Firmen, mit dem Ziel, die Organisierungskapazität zu erhöhen, die konzernweiten Beschäftigungsstandards zu verbessern und den Dialog mit den Unternehmen auszubauen.
- a.3 Kampagnen für einen effektiven und verbindlichen **internationalen normativen Rahmen** für Arbeitnehmerrechte in globalen Firmen und ihren Versorgungsketten; wir fördern eine aktive Zusammenarbeit mit verantwortlichen Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden, dem UN Global Compact, der dreigliedrigen Erklärung der IAO, den Leitsätzen der OECD für multinationale Unternehmen und den Kampagnen für die Umsetzung der Initiative für sozialverträgliche Investitionen (SRI) und der CSR-Initiative, wo diese zur Erfüllung der strategischen UNI-Ziele beitragen können.
- a.4 Anstrengungen zur Unterzeichnung **neuer globaler Abkommen** mit globalen Konzernen, wobei die Entwicklung globaler Gewerkschaftsallianzen und der Verhandlungsprozess als Werkzeuge zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisierungskapazität und zur Förderung der Beschäftigung im gesamten Unternehmen sowie zur Gewährleistung der Einhaltung der Kernarbeitsnormen, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, genutzt werden. Ziel ist es, bis zum Weltkongress 2014 in Kapstadt 100 Abkommen zu schließen. UNI erkennt an, dass die Stärke der Mitgliedschaft und die Kollektivverhandlungsbeziehungen auf nationaler Ebene zu diesem Zweck ein wichtiges Fundament sind.
- a.5 Partnerschaftliche Zusammenarbeit über Gewerkschaftsallianzen mit verantwortungsbewussten Arbeitgebern und Unternehmen, in denen **globale Abkommen bestehen**; Überwachung der Einhaltung der Regeln;

bestmögliche Verbreitung der Bestimmungen von globalen Abkommen, damit diese Vereinbarungen konkret zur Anhebung der Beschäftigungsstandards und zur Gewährleistung der Einhaltung der Kernarbeitsnormen, einschließlich der Vereinigungsfreiheit, beitragen können; Veranstaltung regelmäßiger Kontakt-Treffen mit den Unternehmen sowie Bewertung und gegebenenfalls Neuaushandlung von bestehenden globalen Abkommen.

- a.6 Entwicklung der **Kommunikationsmittel**, die den Kontakt mit unseren Mitgliedern an der Basis und den Gewerkschaftsvertretern an Arbeitsplätzen in globalen Konzernen gewährleisten; wir wollen sicherstellen, dass sie über unsere Arbeit informiert, für unsere Tätigkeiten mobilisiert und aktiv an unseren Aktionen beteiligt werden.
- a.7 Kooperation mit Vertretern in Europäischen Betriebsräten und globalen Betriebsräten, und Unterstützung von UNI bei der Verwirklichung ihrer strategischen Ziele.
- a.8 Ermutigung der **IAO zur Einbindung globaler Abkommen** in ihre Tätigkeit; wir sollten darauf bestehen, dass die IAO mehr Gewicht und Durchsetzungs-Mechanismen erhält, um die Unternehmen zur Einhaltung grundlegender Arbeitsstandards zu veranlassen.

b) Organisation und Kapazitätsförderung

Strategisches Ziel: Erreichung der Gewerkschaftsanerkennung im Zuständigkeitsbereich der UNI-Sektoren und weitere Förderung des Gewerkschaftswachstums durch die Schaffung von Kapazitäten für eine weltweite Unterstützung von Organisierungskampagnen.

- b.1 Gemeinsame Anstrengungen mit den Mitgliedsorganisationen zur **Gewinnung des Rechts auf Gewerkschaftsanerkennung und zum Ausbau der Stärke von Gewerkschaften** auf globaler, regionaler, nationaler, lokaler und sektoraler Ebene im Dienstleistungssektor und verwandten Bereichen, die heute das weltweit bedeutendste Beschäftigungspotenzial bieten.
- b.2 **Einbindung der Organisation** in alle Komponenten von UNI und eine entsprechende Anpassung der Entwicklungstätigkeiten, indem das Schwergewicht auf Aktivitäten zur Förderung von Gewerkschaftszugang, Mitgliederwerbung und Gewerkschaftsdienstleistungen gelegt wird.
- b.3 **Organisation** nunmehr als ein **fester Punkt auf Tagesordnungen** von Sitzungen des Weltvorstands, der regionalen Vorstände und der Sektoren.
- b.4 Erhöhung der **Kapazitäten** von UNI-Mitgliedsorganisationen und Mitarbeitern **zur Entwicklung von Organisierungskompetenzen und Kampagnen**.
- b.5 Wenn die Aufsplitterung der Gewerkschaften die Gewerkschaftsentwicklung behindert, wird UNI die Mitgliedsorganisationen bei Zusammenschlüssen und Integrationskampagnen sowie die Anerkennung der daraus entstehenden Organisation unterstützen.
- b.6 Jährliche Veranstaltung eines UNI Global Union-**Organisatoren-Forums** als eine Plattform zum Austausch von Erfahrungen mit innovativen Methoden und von Entwicklungen in Bezug auf Organisierungskampagnen

und -techniken, mit dem Ziel, ein Exzellenzzentrum zu schaffen, das den Gewerkschaften erlaubt, mit Organisationstrends Schritt zu halten.

- b.7** Schaffung eines **UNI Global Union-Organisierungsfonds** zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen und der Sektoren bei ihren Organisierungsbemühungen, mit getrennter jährlicher Rechnungslegung und einem jährlichen Bericht über die Aktivitäten und ihre Finanzierung.
- c) Arbeitsplätze und soziale Sicherheit sowie Gerechtigkeit für alle**
Strategisches Ziel: Verbesserung der Arbeitsplätze und der Beschäftigungsstandards im Dienstleistungssektor und verwandten Bereichen.
- c.1** Durchführung hochwertiger **aktionsorientierter Forschungsarbeit**, um Trends bei Beschäftigungspraktiken in UNI-Sektoren und -Regionen besser zu verstehen und neue Arbeitsmethoden zu entwickeln; Ermutigung der Mitgliedsorganisationen, die Resultate ihrer eigenen Untersuchungen zu teilen.
- c.2** **Identifizierung und Durchführung von Kampagnen zur Erhöhung von Beschäftigungsstandards**, einschließlich der sektorübergreifenden Kampagne für eine verantwortungsvolle Vertragspolitik und anderer Kampagnen, insofern diese die Organisierungstätigkeiten von Mitgliedsorganisationen unterstützen und die Erreichung der strategischen Ziele von UNI erleichtern können.
- c.3** Kampagnen für die gewerkschaftliche Anerkennung durchführen, Kollektivverhandlungsstärke aufbauen und Erfahrungen und Wissen in Bezug auf Kollektivverhandlungen an die Mitgliedsorganisationen weitergeben, um den Anwendungsbereich der Kollektivverhandlungen **auf alle Beschäftigten im Dienstleistungssektor und damit verbundenen Sektoren auszuweiten, um sicherzustellen, dass alle Beschäftigten am Verhandlungstisch vertreten sind**. Gewerkschaftsorganisationen im Hinblick auf die informelle Wirtschaft unterstützen, um den Dialog über die Formalisierung informeller Tätigkeiten zu fördern und den Zugang zu sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit für die betreffenden ArbeitnehmerInnen zu gewährleisten; sich dafür einsetzen, die informelle Wirtschaft sowie die Bedrohung, die sie für die Beschäftigungssicherheit darstellt, schrittweise zu beseitigen.
- c.4** Fokussierung der UNI-Tätigkeiten auf **Chancengleichheit und Gleichstellung und Vielfalt** zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Organisierung von weiblichen Angestellten und Personen, die am Arbeitsplatz diskriminiert werden; Fokussierung der UNI-Jugendarbeit, damit den angeschlossenen Gewerkschaften die Organisierung und Gewinnung junger Mitglieder erleichtert werden kann; Fokussierung der Arbeit von UNI Fach- und Führungskräfte auf Bemühungen zum Abbau der Schranken, die eine Organisierung dieser Gruppe verhindern, abzubauen und die Mitgliedsorganisationen und Sektoren zu einer Rekrutierung und Organisierung dieser Beschäftigten zu ermutigen.
- c.5** Durchführung von Untersuchungen und Kampagnen über **Global Sourcing von Arbeit**, Offshoring-Praktiken und den sich verschärfenden Fachkräftemangel, um eine zweckmäßige globale Gewerkschaftsantwort zu

erarbeiten, die zur Stärkung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern in allen betroffenen Ländern beitragen kann.

- c.6 Durchführung von Untersuchungen und Kampagnen zu Fragen der internationalen **Migration von Arbeitnehmern** in UNI-Sektoren, um die Organisierung dieser Arbeitskräfte zu erleichtern und ihren Schutz und die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten.
- c.7 Unterstützung der Mitgliedsorganisationen mit Fachwissen und Kompetenzen, die sie zur Organisierung von **Beschäftigten in atypischen Arbeitsverhältnissen**, einschließlich von Freiberuflern und Personen in prekären Arbeitssituationen, benötigen, und Erwirkung der globalen Ratifizierung des IAO-Übereinkommens Nr. 181 (Leih- und Zeitarbeitsfirmen).

d) Politischer und regulatorischer Einfluss

Strategisches Ziel: Veränderung globaler und regionaler Integrationsprozesse und regulatorischer Rahmenbedingungen im Sinne einer stärkeren sozialen Ausrichtung und Anerkennung als Partner in diesen Prozessen.

- d.1 **Intervention bei globalen Einrichtungen und Foren** (z. B. G8, G20, IWF, Weltbank, FSB, Davos, Weltsozialforum und seine kontinentalen Ableger), um UNI und ihre Ziele bekannt zu machen und eine soziale Dimension der Globalisierung zu fördern, die Arbeitnehmer- und Menschenrechte schützt und menschenwürdige, das heißt gute und sozial abgesicherte Arbeit für alle schafft.
- d.2 **Enge Zusammenarbeit mit der IAO** und Stärkung ihres Einflusses und ihrer Effizienz, um menschenwürdige Arbeit für alle Beschäftigten im Dienstleistungssektor und verwandten Bereichen zu erreichen.
- d.3 Vertretung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerinteressen in regionalen Wirtschaftsverbänden in der ganzen Welt, mit dem gemeinsamen Ziel, ein soziales Afrika, ein soziales Amerika, eine soziale Asien/Pazifik-Region und ein soziales Europa aufzubauen
- d.4 Vertretung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerinteressen in **anderen Branchen- und Regulierungsorganisationen**, die für UNI-Sektoren wichtig sind; z. B. Maximierung der Stellung von UNI Post im Weltpostverein, Verteidigung der Rechte kreativ tätiger Personen in der WIPO, usw.
- d.5 Unterstützung der Aktionen zur Erfüllung der **UNO-Millenniums-Entwicklungsziele** und Förderung der **Qualität öffentlicher Dienste** zur Gewährleistung u. a. von Diensten im Bereich Bildung und Gesundheit, Universalpostdienst, öffentlicher Rundfunk und Fernsehen und Breitbanddienste für alle.
- d.6 Bildung **strategischer Allianzen mit anderen, für soziale Gerechtigkeit kämpfenden Organisationen**, z. B. NGO und Single-Issue-Kampagnen, wo diese zur Erreichung der strategischen Ziele von UNI beitragen.
- d.7 Förderung eines **Engagements für Menschen- und Gewerkschaftsrechte** in jeder Nation und durch jedes Unternehmen, und - über die UNI-Kampagne Freiheit statt Angst - Nutzung internationaler Solidarität zur

Verteidigung von Gewerkschafts- und Menschenrechts-Aktivisten in den für sie gefährlichen Ländern.

- d.8 Über UNI Finanz Weiterentwicklung und Förderung **eines Finanzsystems**, das die Rechte der Arbeitnehmer schützt und dem Einzelnen und der realen Wirtschaft zum Nutzen gereicht und in dem die Rechte der Arbeitnehmer gewahrt werden.
- d.9 Fortführung der Kampagnen gegen **Private Equity- und Kapital-Strukturen**, die Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte und Unternehmens-Vermögenswerte zerstören.
- d.10 Aktive Unterstützung von Aktionen im **Kampf gegen den Klimawandel**, wobei die Schaffung 'grüner Jobs' mit angemessenen Arbeitnehmerrechten und Beschäftigungsbedingungen und die Entwicklung nachhaltiger neuer Technologien gefördert werden.
- d.11 Effektive **Bekanntmachung der Tätigkeiten von UNI** in Mitgliederkreisen, in den Medien und der Öffentlichkeit im Allgemeinen, mit dem Ziel, eine stärkere, geeinigte Gewerkschaftsbewegung aufzubauen.
- d.12 Zur Unterstützung unserer Gemeinschaften und des demokratischen Rechts des Einzelnen, an der Informationsgesellschaft teilzuhaben, ermutigen wir öffentliche Investitionen in Kompetenzen und in Hochgeschwindigkeitsnetze.

e) UNI als proaktive, innovative und inklusive Organisation

Strategisches Ziel: Gewährleistung einer modernen, effizienten, innovativen und gut geführten UNI Global Union und Sicherstellung einer aktiven Beteiligung aller Mitgliedsorganisationen - Basis, Gewerkschaftsvertreter und leitende Funktionäre - an unserer Arbeit.

- e.1 **Förderung der Sichtbarkeit und Stärke von UNI** durch eine vermehrte Teilnahme und ein Engagement von Mitgliedern an der Basis, Gewerkschaftsvertretern und leitenden Funktionären sowie die Gewinnung neuer Mitgliedsorganisationen.
- e.2 Wahrung unserer Relevanz und Glaubwürdigkeit durch die Veranstaltung **innovativer, anregender und aktionsorientierter Tagungen und Konferenzen**, die dazu beitragen, die strategischen Ziele von UNI zu erfüllen und einen Mehrwert für die Mitgliedsorganisationen darstellen.
- e.3 Entwicklung von Arbeitsmethoden für **UNI-Sektoren im Sinne einer engeren gegenseitigen Zusammenarbeit** auf globaler und regionaler Ebene, die den sektorübergreifenden Austausch von Fachwissen und Erfahrungen und von Informationen über Kampagnen ermöglichen und den Mitgliedsorganisationen Synergieeffekte bringen.
- e.4 Weitere Verbesserung unserer **integrierten Struktur auf globaler und regionaler Ebene**, damit unsere strategischen Pläne mit gemeinsamen Anstrengungen umgesetzt werden können.
- e.5 Entwicklung **strategischer Pläne in jedem Sektor und jeder Region** im Hinblick auf die Erfüllung der strategischen Ziele von UNI Global Union.

- e.6 **Fantasievoller und kreativer Einsatz neuer Technologien**; Maximierung des Werts von UNI-Webseiten; Gewährleistung dynamischer und wirksamer UNI-Kommunikationen; Entwicklung von Werkzeugen, die die Kommunikation zwischen UNI-Mitgliedern und den UNI-Mitarbeitern vereinfachen und erleichtern und die Umweltauswirkungen so gering wie möglich halten.
- e.7 Ausbau der **UNI-Abteilung für strategische Kampagnen und Organisation**, um die Organisations- und Kampagnentätigkeit von UNI und ihren Mitgliedsorganisationen voranzutreiben und die Erfüllung der strategischen UNI-Ziele zu fördern.
- e.8 Gewährleistung, dass UNI ihre **finanziellen Mittel weiterhin sorgfältig und wirksam einsetzt**, einen Organisations-, Solidaritäts- und Bildungsfonds entwickelt und ihre Aktivitäten auf die strategischen UNI-Ziele ausrichtet.
- e.9 Bemühungen um Geschlechtergleichheit zwischen Männern und Frauen in den Verhandlungsstrukturen und allen Entscheidungsstrukturen von UNI, mit dem Ziel eines Mindest-Frauenanteils von 40% und Förderung der Gleichstellung in allen UNI-Strategien. Das Ziel von 40% sollte innerhalb des Zeitraums 2011-2014 erreicht werden. Anschließend sollte eine Beurteilung durchgeführt werden.
- e.10 Weitere **Stärkung der Global Unions** durch den Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Global Unions-Rat, mit befreundeten Globalen Gewerkschaftsverbänden und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und seinen Regionalorganisationen.

EntschlieÙung Nr. 2

Durchbruch bei der Frauenvertretung in der UNI Global Union

- 1 Um die Gleichstellung der Geschlechter bei UNI Global Union zu erreichen, ist es an der Zeit, einen Durchbruch bei der Frauenvertretung in ihren Entscheidungsstrukturen und auf ihren Tagungen auf globaler, regionaler und sektoraler Ebene zu erzielen.
- 2 Das Ziel von UNI ist es, eine Frauenvertretung von mindestens 40% beider Geschlechter in allen UNI-Entscheidungsgremien, einschließlich im UNI-Präsidium und im Weltvorstand, in allen Strukturen in den UNI-Regionalorganisationen und globalen Sektorgewerkschaften und allen Delegationen an UNI-Konferenzen und -Tagungen durchzusetzen. Das Ziel von 40% sollte im Zeitraum 2011-2014 erreicht werden. Anschließend sollte eine Überprüfung durchgeführt werden.
- 3 Der 3. UNI-Weltkongress beschließt bis zur Erreichung dieses Ziels Folgendes:
 - a) In Bezug auf den Weltvorstand wird die UNI-Satzung in dem Sinne abgeändert, dass ein zusätzlicher Sitz für eine Frau als ordentliches Mitglied für jede Region vorgesehen wird sowie die Ergänzung der reservierten Sitze für UNI für die Globale Gewerkschaft UNI Graphik und der reservierten Sitze für die Globale Gewerkschaft UNI MEI durch je einen Frauensitz ergänzt.
 - b) Die Ernennungen für diese zusätzlichen Frauensitze im Weltvorstand sollten durch Vertreterinnen der betreffenden Gebiete/Sektoren im Einvernehmen mit den Vertreterinnen dieses Gebiets/Sektors im UNI-Frauenausschuss erfolgen.
 - c) UNI sollte ein Ernennungssystem einführen und umsetzen in der Absicht, eine bessere Frauenvertretung zu erreichen. Dieses sollte für die Wahlen in die leitenden UNI-Organen in allen Sektoren und Gruppen angewandt werden.
 - d) Alle UNI-Regionalorganisationen und alle globalen Sektorgewerkschaften sind eingeladen, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um das langfristige Ziel der Vertretung von 40% beider Geschlechter in allen ihren Entscheidungsstrukturen und auf allen ihren Tagungen zu erreichen.
 - e) Allen Mitgliedsorganisationen wird nachdrücklich empfohlen, die Verwirklichung dieses Ziels zu erleichtern und sicherzustellen, dass die Zusammensetzung ihrer Delegationen auf UNI-Konferenzen und -Tagungen den Anteil ihrer weiblichen/männlichen Mitglieder angemessen widerspiegelt.
 - f) Der Kongress appelliert an alle Mitgliedsorganisationen, eine Bestandsaufnahme der Vertretung von Frauen und Männern in Führungsgremien vorzunehmen und Pläne für die Strukturierung der Gleichstellungsarbeit in ihren Organisationen aufzustellen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen soll erreicht werden, dass die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien der Gewerkschaften der Geschlechterzusammensetzung ihrer Mitgliedschaft entspricht. Die Gewerkschaften sollten dem nächsten Weltkongress Berichte über die erreichten Fortschritte unterbreiten. UNI soll mit der Koordination des Austauschs „vorbildlicher Verfahren“ auf diesem Gebiet unter den Mitgliedsorganisationen beauftragt werden.

- g) UNI stellt Mittel für die Förderung der Gleichstellungsarbeit bei UNI und ihren Mitgliedsorganisationen bereit.

EntschlieÙung Nr. 3

Mitgliedsbeiträge 2011-2014

Der 3. UNI-Weltkongress beschließt Folgendes:

- a) Die pro Mitgliedsorganisation und pro Jahr zahlbaren Mitgliedsbeiträge werden wie folgt festgesetzt: CHF 2,00 pro Mitglied/pro Jahr ab 1.1.2011, CHF 2,05 ab 1.1.2012, CHF 2,10 ab 1.1.2013 und CHF 2,15 ab 1.1.2014.
- b) Mitgliedsorganisationen, die nicht in der Lage sind, den vollen Mitgliedsbeitrag zu leisten, können eine Beitragsermäßigung für höchstens ein Jahr beantragen, die ihnen nach Konsultationen mit dem UNI-Hauptsitz und der betreffenden Regionalorganisation gewährt werden kann.
- c) Alle Mitgliedsorganisationen müssen bis zum 31. März jedes Jahres für alle ihre ordentlichen Mitglieder Beiträge entrichten.
- d) Jede Mitgliedsorganisation muss einen Mindestbetrag von CHF 200.-- pro Jahr leisten.
- e) Ein Neubeitritt wird nach der Vorauszahlung des Mitgliedsbeitrags für ein Jahr in Übereinstimmung mit der UNI-Satzung wirksam.
- f) Alle bestehenden Solidaritäts- und Sektor-Beiträge werden mit Wirkung vom 1.1.2011 aufgehoben.
- g) UNI richtet einen Organisations-, Solidaritäts- und Bildungsfonds ein.
- h) Den Mitgliedsorganisationen wird empfohlen, CHF 0,25 pro Mitglied/Jahr in den Fonds einzuzahlen.
- i) Dem UNI-Präsidium und dem UNI-Weltvorstand werden jährlich ein Bericht und eine Fonds-Abrechnung vorgelegt.
- j) Die Buchhaltungsunterlagen werden von Chartered Accountants und den Rechnungsprüfern von UNI-Mitgliedsorganisationen kontrolliert.
- k) Die Mitgliedsorganisationen werden aufgerufen, besondere Spenden in den Organisations-, Solidaritäts- und Bildungsfonds zu leisten, mit dem Ziel, bis Ende 2011 eine Spendensumme von 1 Million CHF pro Jahr zu erreichen.
- l) UNI wird weiterhin jährlich CHF 200'000 in den Fonds einzahlen.
- m) Die von Mitgliedsorganisationen jedes Jahr erhaltenen Sonderbeiträge werden in diesen Fonds eingezahlt.
- n) Von Mitgliedsorganisationen, die für ihre Organisierungstätigkeiten von UNI mit Geldern aus diesem Fonds unterstützt wurden, wird erwartet, dass sie ausgehend von ihrer neuen Mitgliedschaft Beiträge in den Fonds leisten.

Entschließung Nr. 4

Die Finanz- & Wirtschaftskrise

Der 3. UNI-Weltkongress verabschiedet folgenden Antrag:

A. Antworten auf die globale Wirtschaftskrise

Im September 2008 stand das globale Finanzsystem am Rande des Zusammenbruchs. Diese Situation machte staatliche Interventionen in beispiellosem Umfang erforderlich, um eine globale Wirtschaftskatastrophe abzuwenden: Zentralbanken und nationale Staatskassen griffen den Bankensystemen weltweit mit Finanzspritzen in Milliardenhöhe unter die Arme, wobei sie Banken und Finanzgesellschaften stützten, die die Krise ausgelöst haben. Aber selbst diese Maßnahmen reichten nicht aus, um die schlimmste weltweite Rezession seit der großen Weltwirtschaftskrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu verhindern.

Zwischen 2007 und 2009 kostete diese jüngste Wirtschaftskrise weltweit 35 Millionen Arbeitsplätze und zwang Beschäftigte in zweistelliger Millionenhöhe, Teilzeitarbeit zu akzeptieren oder aus dem Arbeitsprozess auszuschneiden. Schätzungen eines IAO-Berichts (2009) zufolge stürzte diese Krise über 100 Millionen Arbeitnehmer in bitterste Armut. In Ländern wie z. B. den USA, Großbritannien, Irland, Spanien, Griechenland und Island bewirkte die Krise, dass Millionen von Arbeitnehmern ihr Zuhause, ihre Renten und ihre Lebensersparnisse verloren. Entwicklungsländer, die von Handels- und Investitionsbeziehungen mit diesen Industriestaaten abhängig sind, wurden noch viel stärker in Mitleidenschaft gezogen.

Die Ursache der globalen Wirtschaftskrise ist die kapitalistische Gier nach Superprofiten. Die globale Wirtschaftskrise war kein „Zufall“. Sie war nicht der „perfekte Sturm“ oder das „Jahrhunderthochwasser“, wie dies viele Investmentbanker und ihre politischen Fürsprecher behaupten. Diese Krise muss als eine vermeidbare, vom Menschen herbeigeführte Katastrophe bezeichnet werden, als Folge von 30 Jahren „Marktfundamentalismus“ und verfehlten Politikmaßnahmen. Diese Politiken – unbehinderter freier Handel, der die Interessen der Arbeitnehmer denen von Multis unterordnete, deregulierte Kapitalmärkte, in denen die Verteilung des Wohlstands zulasten der Lohn-/Gehaltsempfänger verändert wurde und das niedrige Lohnniveau dadurch kompensiert wird, dass immer mehr auf Finanzierung über Kredite vertraut wird, um den Konsum anzukurbeln und geschwächte Gewerkschaftsrechte in Industrie- und Entwicklungsländern – sind für die Krise verantwortlich.

Die Ära des von der Finanzwirtschaft beherrschten Kapitalismus mit entwaffneten Regulatoren und einer die vorsichtige Investitionstätigkeit übertrumpfenden Spekulation schuf eine stets wachsende Ungleichheit auf internationaler Ebene und innerhalb der einzelnen Länder. Aufgrund mangelnder Regulierung und eines Versagens der Selbstregulierung, entfesselte sie Profitgier und Fehlverhalten im Finanzsektor und hatte katastrophale Auswirkungen auf die Arbeitnehmer in der Realwirtschaft. Die Löhne stagnierten, da die Verbindung zwischen Lohnwachstum und Produktivitätssteigerungen mit zahlreichen, die Gewerkschaften schwächenden Maßnahmen und "flexiblen" Arbeitsmarktstrategien gesprengt wurde, was eine Verringerung der Beschäftigungs-

sicherheit und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, namentlich in den Entwicklungsländern, bewirkte. Diese Politik in Verbindung mit der Krise und den Millionen von Stellen, die dadurch verloren gingen, führten dazu, dass immer mehr ArbeitnehmerInnen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Dadurch breitet sich die informelle Wirtschaft auch in reichen Ländern immer mehr aus.

Dieses System, das darauf ausgelegt ist, in kurzer Zeit möglichst hohe Profite zu erzielen, verursacht auch beträchtliche Umweltschäden und zwar in so hohem Ausmaß, dass die Zukunft des Planeten und sogar das Überleben seiner Bewohner gefährdet sind.

Außerdem hat das neoliberale Modell nicht zu den gewünschten makroökonomischen Resultaten geführt. Es schuf eine völlig instabile, schädlichen spekulativen Vermögensblasen unterworfenen Weltwirtschaft – 1980: Sparkassen-Krise (USA); 1990: asiatische Finanzkrise, der globale Dot.com-Equity-Boom und das Platzen dieser Blase im letzten Jahrzehnt, sowie die jüngste Immobilienblase in den Vereinigten Staaten und in Teilen Europas – und führte zu einem sprunghaften Anstieg von Staatsschulden aufgrund unablässiger Steuersenkungen, von denen lediglich die Reichen profitieren, und endloser Rettungsaktionen im Finanzsektor.

In den nächsten vier Jahren muss sich die internationale Gemeinschaft mit der durch die globale Arbeitsmarktkrise verursachten Bedrohung für die soziale Stabilität auseinandersetzen und nach Wegen suchen, um den Schaden, der die verfehlte neoliberale Wirtschaftspolitik in den letzten 30 Jahren angerichtet hat, zu beheben. Um künftige Krisen zu vermeiden, muss sie die grundlegende Reform des globalen Wirtschaftssystems einleiten, und sich wie die globale Gewerkschaft für die Finanzsektor-Angestellten, für eine Umgestaltung des Regulierungs- und Aufsichtssystems für den globalen Finanzsektor einsetzen, die das Wohl und die Sicherheit der Beschäftigten im Finanzsektor in der ganzen Welt fördern. Die dadurch verursachte Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage wird nun genau von denjenigen ins Feld geführt, die die öffentlichen Dienste, unser System sozialer Sicherung und alle staatlichen Maßnahmen, die zum Wohl der Bevölkerung beitragen, abschaffen wollen.

Der 3. UNI-Weltkongress räumt folgenden Aktionsbereichen höchste Priorität ein:

- Bekämpfung der Arbeitsmarktkrise und Umgestaltung der globalen Wirtschaft;
- Umgestaltung des Finanzsystems;
- Die Beschäftigten ins Zentrum des Wirtschafts- und Finanzsystems stellen.

Der Weltkongress unterstützt und begrüßt die Tätigkeiten von UNI Global Union auf globaler und regionaler Ebene, sowie die Arbeit der Sektoren, insbesondere von UNI Finanz.

B. Bewältigung der Krise, Reform des Weltwirtschaftssystems und Verstärkung der Arbeitnehmerrechte

UNI Global Union ihre Mitgliedsorganisationen spielen eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der globalen Arbeitsmarktkrise und der Schaffung einer neuen, gerechteren Weltwirtschaft, indem sie mit Verbündeten in der globalen Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeiten, Beschäftigte organisieren und für eine Veränderung der Regeln und der Führung der globalen Wirtschaft kämpfen. Die neue Weltwirtschaft muss das Wachstum des durch Löhne finanzierten Verbrauchs, öffentliche Investitionen in grüne Technologie und Infrastruktur, Armutsbekämpfung und die Förderung der Gleichberechtigung fest verankern.

Der 3. UNI-Weltkongress engagiert sich daher, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 1** UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen werden Regierungen und internationale Einrichtungen nachdrücklich auffordern, auf mehrere Jahre angelegte konzertierte Aktionen zur Überwindung der globalen Arbeitsmarktkrise zu ergreifen, mit folgenden taktischen Maßnahmen:
 - a) Aufrechterhaltung langfristiger wirtschaftlicher Impulse und beschäftigungsfördernder Anstrengungen, um Vollbeschäftigung zu erreichen;
 - b) Investitionen in öffentliche Aufträge, um rasch Arbeitsplätze zu schaffen;
 - c) Förderung von Berufsbildungsprogrammen zur Unterstützung von Jugendlichen und Frauen, die Zugang zu einer menschenwürdigen Beschäftigung suchen. Dies erfordert insbesondere die Anerkennung formeller als auch informeller Qualifikationen und Kompetenzen.
 - d) Entwicklung von Aktionsplänen zur Umsetzung des von der IAO erarbeiteten Globalen Beschäftigungspakts, unter Mitwirkung von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen;
 - e) Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG), mit Schwerpunkt auf menschenwürdiger Arbeit und nachhaltiger Entwicklung in den Hilfsprogrammen auf nationaler und internationaler Ebene, durch Investitionen in Bildung und Gesundheitswesen.
 - f) Kampagnen zur Bekämpfung und Beseitigung der Kinderarbeit.
 - g) Unterstützung eines ausgewogenen Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für eine klimafreundliche Wirtschaft, die die Energieeffizienz steigert, die erneuerbaren Energiequellen fördert und die Treibhausgas-Emissionen in nationalen und sub-nationalen Infrastruktursystemen reduziert.
 - h) Unterstützung der Einführung neuer Indikatoren und makroökonomischer Kontrollinstrumente zusätzlich zum BIP.

- 2** UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen werden Maßnahmen im Kampf gegen die in den meisten Ländern zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit und die sinkenden Erwerbseinkommen ergreifen, Entwicklungen, die in der OECD-Studie 2008 "Mehr Ungleichheit trotz Wachstum" und im jährlichen Weltentwicklungsbericht der Weltbank anerkannt wurden, und sie werden sich für Reformen einsetzen, um die Verbindung zwischen Lohnwachstum und Produktivität wieder herzustellen. UNI Global Union wird insbesondere:
 - a) bestehende Globale Rahmenabkommen (GRA) mit multinationalen Unternehmen nutzen, um ihre Mitgliedsorganisationen bei der Organisierung neuer Gruppen von Beschäftigten zu unterstützen, und neue GRA in UNI-Sektoren anstreben;
 - b) Organisations- und Tarifverhandlungsrechte in allen ihren Aktivitäten mit der Weltbank, dem IWF, der WTO, der OECD und anderen internationalen Organisationen fördern;
 - c) mit dem Rat der Global Unions, dem IGB und anderen Globalen Gewerkschaftsverbänden im Kampf gegen die „Arbeitsmarkt-Flexibilisierung“ und gegen

die Verbreitung prekärer Formen der Arbeit auf nationaler und auf internationaler Ebene zusammenarbeiten;

- d) Druck auf den IWF und die Weltbank ausüben, um sie zum vollständigen Verzicht auf regressive, arbeitnehmerfeindliche Konditionalitäten in ihren Strukturanpassungs-, Projektfinanzierungs- und nationalen Beratungs-Programmen zu veranlassen und gleichzeitig positive Entwicklungen zur Förderung von Kernarbeitsnormen in den IFI-Beschaffungs- und Politikberatungsprogrammen zu ermutigen;
 - e) geschlechterspezifische Diskriminierung in Lohn- und Leistungssystemen herausstellen und bekämpfen und nationale und internationale Verpflichtungen zur Förderung der Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen der Beschäftigung anstreben.
 - f) den IWF dazu auffordern, einen Mechanismus für die geordnete Umstrukturierung von Staatsschulden für jene Länder einzuführen, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Zweck dieses Mechanismus ist, den Regierungen zu ermöglichen, grundlegende Dienste und von den Bürgern erworbene soziale Ansprüche aufrechtzuerhalten.
 - g) die makroökonomischen Ungleichgewichte verurteilen, die durch die fanatische Verehrung des Wettbewerbs und des Sozialdumpings verursacht wurden.
 - h) verurteilen, dass die Krise und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte dazu benutzt werden, den Wohlfahrtsstaat und insbesondere die Renten der Arbeitnehmer im Rentenalter anzugreifen.
- 3** UNI Global Union und ihre Gewerkschaften werden sich für einen besseren Sozialschutz in der globalen Wirtschaft einsetzen und dafür sorgen, dass die bestehenden Systeme nicht geschwächt werden oder Gegenstand von Kriterien finanzieller Rentabilität werden, indem sie für die von der IAO geforderte soziale Grundsicherung eintreten, die eine globale Mindest-Einkommenssicherheit für alle Länder vorsieht, sowie die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle Arbeitnehmer, die Gewährleistung eines Mindestlohns für alle und die Bereitstellung von Grundausbildungsprogrammen und Arbeitsvermittlungsdiensten.
- UNI und ihre Mitgliedsorganisationen verlangen auch mehr Rechte für die Beschäftigten und ihre Organisationen im Zusammenhang mit Firmenübernahmen oder Firmenumstrukturierungen.
- 4** UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen werden eine soziale Dimension im System der globalen wirtschaftlichen Governance fördern, um sicherzustellen, dass Regierungen und internationale Institutionen IAO-Standards und -Politiken integrieren und einen Platz für die Gewerkschaften in den wichtigsten Entscheidungsgremien auf nationaler und internationaler Ebene vorsehen. UNI Global Union wird insbesondere:
- a) Handeln um zu gewährleisten, dass die Kernarbeitsnormen und die Agenda für menschenwürdige Arbeit der IAO in die Aktivitäten der Welthandelsorganisationen eingebunden werden, mit gezielten Anstrengungen zur Wiederbelebung der Doha-Verhandlungsrunde und zum Einschluss der Kernarbeitsnormen in das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen;

- b) die Mitwirkung der Gewerkschaften in der Politikentwicklung in der Weltbank, im IWF, in regionalen Entwicklungsbanken und UNO-Sonderorganisationen fördern;
 - c) eine formelle Rolle für die IAO und die Arbeitsminister in dem im Entstehen begriffenen G20-Rahmen und bei der Ausarbeitung der G20-Charta für eine nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens verlangen und fördern und gleichzeitig den eingeleiteten Prozess der Gewerkschafts-Konsultationen in den G20-Aktivitäten stärken;
 - d) die Ausarbeitung einer Grundvereinbarung zwischen der OECD und der IAO in Fragen der Governance der globalen Märkte und der Aktivitäten von multinationalen Unternehmen unterstützen.
- 5** UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen werden sicherstellen, dass alle Maßnahmen, die zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zur Umgestaltung des globalen Wirtschaftssystems ergriffen werden, die Prinzipien und Ziele, so wie sie in der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005) verankert sind, respektieren und einhalten. Alle Regierungen und internationalen Gremien werden aufgerufen, die in der Konvention verankerten Prinzipien und Ziele zu achten und in Übereinstimmung mit den darin erwähnten Pflichten und Vorschriften zu handeln. Das heißt insbesondere:
- a) Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen, um einen umfassenderen und ausgewogeneren Austausch auf globaler Ebene zu gewährleisten, mit dem Ziel, den gegenseitigen Respekt für unterschiedliche Kulturen und eine Kultur des Friedens zu fördern;
 - b) Betonung der Bedeutung einer Verknüpfung von Kultur und Entwicklung für alle Länder, namentlich Entwicklungsländer, und Unterstützung von Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene, die gewährleisten, dass der wirkliche Wert dieser Verbindung anerkannt wird;
 - c) Annahme von Maßnahmen zur Bildung und Förderung öffentlicher Einrichtungen in der am besten geeigneten Form und Gewährleistung öffentlicher finanzieller Unterstützung für diese Einrichtungen;
 - d) Verabschiedung von Maßnahmen zur Förderung der Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten, wie Redefreiheit, Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie Medienvielfalt.

C. Umgestaltung des Finanzsystems

Die weitgehende Regellosigkeit und die nicht funktionierende Selbstregulierung der nationalen und internationalen Finanzmärkte zeigen katastrophale Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Situation der ArbeitnehmerInnen. Eine umfassende Umgestaltung der globalen Finanzarchitektur ist unverzichtbar, um sicherzustellen, dass solche Krisen nicht mehr entstehen können und dass das Finanzsystem wieder seine eigentliche Rolle erfüllt, nämlich die Realwirtschaft zu unterstützen und nicht als deren Konkurrent zu agieren.

Der 3. UNI-Weltkongress engagiert sich für die Verfolgung der nachstehenden Ziele bezüglich der Umgestaltung des Finanzsystems:

- 6** Auf nationaler, regionaler und weltweiter Ebene muss ein starkes, umfassendes und transparentes Regelwerk für die Finanzüberwachung geschaffen werden.

- a) Dieser Rahmen sollte sich auf alle Finanzprodukte und Akteure in der Branche beziehen, einschließlich Banken und Versicherungsunternehmen, jedoch auch auf Rating-Agenturen, Pensionskassen, Hedge-Fonds, Private Equity-Firmen und Staatsfonds;
 - b) Er muss dem 'Regime Shopping' Einhalt gebieten und die strenge Achtung der Finanzregulierung gewährleisten.
 - c) Werden neue Finanzprodukte auf den Markt gebracht, so müssen sie vorab geprüft und von einem Aufsichtsgremium genehmigt werden.
 - d) In Anerkennung der Tatsache, dass die Zentralbanken unabhängig bleiben müssen, hält UNI es für wünschenswert, dass die Zentralbanken stärkerer demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Die heutige monetäre Doktrin, bei der der Fokus auf Inflationsbekämpfung liegt, ist offensichtlich an ihre Grenzen gelangt. Die Kontrolle über die Geldpolitik sollte durch die Parlamente ausgeübt werden, aber auch Gewerkschaften sollten eine größere Rolle gegenüber Zentralbanken spielen.
- 7** Die systemisch relevante Rolle von Banken als Finanzvermittler muss verstärkt, 'umzäunt' und abgesichert werden.
- a) Die Sicherheit der Spareinlagen muss dadurch gewährleistet werden, dass einerseits die Aktivitäten im Bereich Handel und Privatkundengeschäft völlig von den hochriskanten und –spekulativen Aktivitäten der Investmentbanken abgekoppelt werden und andererseits eine stärkere Kontrolle über die Marktaktivitäten der Banken ausgeübt wird, indem sie einer bestimmten Regulierung unterworfen oder sogar ganz verboten werden, wenn es so aussieht, dass das Risiko zu groß ist oder keine Kontrolle über sie ausgeübt werden kann.
 - b) Die Eigenständigkeit von systemisch wichtigen Banken als Finanzvermittler in einem Land muss gewährleistet sein. Dieses Prinzip muss den Rahmen und die Grenzen für ausländisches Eigentum und für Besitz im Ausland abstecken, ebenso wie für das Offshoring relevanter Tätigkeiten und Management-Funktionen oder ihre grenzüberschreitende Integration.
- 8** Regulatoren und Aufsichtsbehörden, einschließlich Zentralbanken, müssen die notwendige Unabhängigkeit haben, um gewährleisten zu können, dass das öffentliche Interesse im Vordergrund steht, dass dem Druck der Fachleute des betreffenden Sektors nicht nachgegeben wird, und dass eine langfristige Perspektive gegeben ist. Sie müssen auf transparente Art und Weise handeln und für ihr Handeln Verantwortung tragen.
- 9** In den Regulierungsbestimmungen sollte für Entscheidungsträger in Finanzinstituten, einschließlich in Pensionsfonds, präzisiert werden, dass zu ihren Treuepflichten die Verfolgung einer langfristigen, nachhaltigen Geschäftsstrategie, jedoch auch die Vermeidung übermäßiger Risikobereitschaft und einer Fokussierung auf kurzfristige Gewinne gehören.
- 10** Die Eigenkapitalvorschriften müssen gewährleisten, dass alle Darlehens- und Kreditverbindlichkeiten durch ein dem Risiko entsprechendes Kapital gesichert sind. Eine übermäßige Fremdkapitalaufnahme der Finanzinstitute sollte unterbunden

werden. Die Verbindlichkeiten eines Finanzinstituts müssen jederzeit voll transparent sein. Zusätzlich zu den von den einzelstaatlichen Finanzbehörden und den internationalen Regulierungsgremien festgesetzten Grenzwerten muss eine Obergrenze für die Fremdkapitalaufnahme gesetzt werden.

- 11** Steueroasen und unregelte Offshore-Finanzzentren sollten effektiv kontrolliert werden, und gegen Länder, die eine angemessene Regulierung / Aufsicht untergraben, sind wirksame und verhältnismäßige Sanktionen zu ergreifen.
- 12** Kredit-Rating-Agenturen sollten der Finanzregulierung und Finanzaufsicht unterstellt werden; sie sollten unabhängig sein und dürfen keine Beratungsdienste anbieten. Es sollten öffentliche Kredit-Rating-Agenturen geschaffen werden; diese könnten mit den Zentralbanken verbunden werden.
- 13** Für Finanzinstitute sollten folgende Praktiken verboten und strafbar gemacht werden: Außerbilanzgeschäfte; Handel mit Finanzprodukten, die nicht börsennotiert sind, finanzielle Transaktionen mit Firmen und Personen, die in Steueroasen oder in Ländern mit unzureichender Finanzregulierung und Finanzaufsicht registriert sind.
- 14** Maßnahmen zur Erhöhung der Finanzstabilität und zur Eindämmung kurzfristiger Finanz- und Währungsspekulationen, namentlich die Einführung einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen, sollen zu einer deutlichen Verringerung des Volumens spekulativer Finanztransaktionen und damit zur Instabilität der Finanzmärkte beitragen. Die Banken müssen dazu angehalten werden, ihre Kredite für Projekte zu vergeben, die voraussichtlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu nachhaltiger Entwicklung führen. Die Einbeziehung der einzelstaatlichen Behörden im Finanzsektor könnte eine Möglichkeit dazu sein, sich diesem Ziel anzunähern.

Der Finanzsektor sollte im Dienste der Wirtschaft stehen und nicht umgekehrt. Deshalb besteht Bedarf an weitreichenden Reformen, die auch öffentliche Initiativen, eine Bank des öffentlichen Sektors und öffentliche Investmentinstitutionen beinhalten könnten, die strengen, vertrauenswürdigen und transparenten Managementregeln unterliegen, und die Spareinlagen in die Investitionen kanalisieren, die notwendig sind, um unsere Volkswirtschaften zu Ländern mit niedrigen CO₂-Emissionen zu machen (Forschung und Entwicklung, neue Technologien mit geringen CO₂-Emissionen, niedriger Energieverbrauch).

- 15** Entlohnungs- und Bonus-Systeme für Manager und Trader sollten grundsätzlich reguliert und begrenzt werden.
 - a) Es sollte ein solides Entlohnungssystem geschaffen werden, bei dem der fixe Anteil der Entlohnung erhöht wird, und zwar auf Basis entsprechender Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen. Insbesondere sollten variable Entlohnungssysteme auf einem Niveau gehalten werden, auf dem sie eine sekundäre Rolle spielen und von den Resultaten der Unternehmen über mehrere Jahre abhängig gemacht und nicht länger an den Verkauf hochriskanter Produkte gekoppelt werden, und sie sollten Rückforderungsbestimmungen enthalten.
 - b) Sozial verantwortliche Investitionen sollten gefördert und der Schutz der ArbeitnehmerInnen, die sie anwenden, gestärkt werden.

- c) Anstelle von kurzfristiger Gewinnerzeugung und exzessiver Risikoübernahme sollte umsichtiges, risikobewusstes Handeln ermutigt werden;
 - d) Aktienoptionen als Vergütungsinstrument sollten abgeschafft werden.
- 16** Die Bereitstellung staatlicher Hilfe und öffentlicher Rettungsprogramme für Finanzinstitute muss in allen Ländern ähnlichen Bedingungen unterworfen werden. Die Tatsache, dass Geld ein öffentliches Gut ist, und dass Banken, ganz gleich welchen Status sie haben, eine Mission von öffentlichem Interesse zu erfüllen haben, rechtfertigt die Tatsache, dass Staaten zur Unterstützung von Finanzinstitutionen, die sich in einer schwierigen Lage befinden, intervenieren dürfen, und zwar mit Hilfe von Maßnahmen, zu denen auch eine Verstaatlichung gehören könnte. Zusätzlich zur Einhaltung der Prinzipien, die zur Umgestaltung des gesamten Finanzsystems angenommen wurden, muss eine staatliche Intervention folgenden Regeln folgen:
- a) In einer Marktwirtschaft sind die Verluste von den Aktionären und Investoren zu tragen.
 - b) Der Finanzsektor muss in angemessener und substanzieller Weise zur Deckung der Gesamtkosten, die in Verbindung mit Regierungsmaßnahmen zur Stützung des Bankensystems entstehen, beitragen.
 - c) Ein Handeln nach den Wettbewerbsregeln sollte nicht den Maßnahmen im Weg stehen, die zum Schutz der öffentlichen Interessen ergriffen wurden. Die gewährte staatliche Hilfe sollte jedoch keine negativen Auswirkungen auf Konkurrenten, auf andere Sektoren oder auf andere Länder hat.
- 17** Eine weitere Konsolidierung - auch als Antwort auf die Finanzkrise - darf nicht in oligopolistischen Strukturen privater Institute resultieren, die zu groß sind, um in Konkurs zu gehen, aber auch so groß sind, dass sie nicht gerettet werden können. Konsolidierung darf nicht ein politisches Ziel an sich sein, sondern sollte der Wirtschaft einen klaren Nutzen bringen, indem sie Wachstum und Innovation stimuliert.

D. Beschäftigte im Zentrum des Finanzsystems

Nationale und internationale Regulierungsreformen im Finanzsektor sind von entscheidender Bedeutung. Sie werden die globale Wirtschaft aber nur dann schützen, wenn sie mit anderen internen Veränderungen in der Behandlungsweise der Angestellten von Finanzinstituten einhergehen. Diesen Beschäftigten, die einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung eines kundenorientierten und risikobewussten Geschäftsmodells leisten, müssen die Mittel an die Hand gegeben werden, um gute Arbeit zu leisten. Sie dürfen nicht bestraft werden für Fehler, die von geldgierigen oder korrupten Managern oder von unwirksamen Regulatoren gemacht wurden. Und sie müssen die Möglichkeit haben, einer Gewerkschaft beizutreten und Tarifverhandlungen zu führen, um sich selbst und das globale Finanzsystem zu schützen.

Der 3. UNI-Weltkongress engagiert sich, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 18** Der Weltkongress befürwortet Vorgehen und Politik von UNI Finanz, insbesondere um
 - a) sicherzustellen, dass Geschäftsmodell, interne Geschäftsabläufe und Praxis in Finanzgesellschaften die Regulierungsziele, einen ausgezeichneten Kundendienst und nicht zuletzt auch Entlohnungs- und Anreizsysteme, Kompetenzentwicklung und Arbeitsbedingungen fördern und nicht etwa beeinträchtigen. Zu

diesem Zweck sind Regulierungs- und Aufsichtsverfahren sowie die interne Risikobewertung in Finanzinstituten entsprechend anzupassen.

- b) eine ausgewogene Vertretung aller Stakeholder, einschließlich UNI Global Union und ihrer Mitglieder in den Finanz-Aufsichtsstrukturen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene sowie in internationalen Aufsichtskollegien für multinationale Finanzkonzerne zu erreichen. Ein regelmäßiger und sinnvoller Austausch mit Gewerkschaften bietet ein zusätzliches Element gegenseitiger Kontrolle und ein Frühwarnsystem für das betriebliche Risikomanagement und die Kontrolleure. Die Angestellten sind am besten in der Lage, Informationen über den Geschäftsalltag von Finanzfirmen bereitzustellen, und sie sollten in diesem Zusammenhang konsultiert werden.
 - c) gemeinsam mit Finanzunternehmen und anderen Interessengruppen eine Charta für den verantwortlichen Verkauf von Finanzprodukten zu vereinbaren, gestützt auf die UNI Finanz-Modell-Charta, die explizite, öffentlich zugängliche und überprüfbare Prinzipien sowie angemessene Geschäftspraktiken festlegt.
 - d) Gesetze zum Schutz von Whistleblowern zu schaffen und Ombudsmannsysteme einzuführen, die Finanzangestellten erlauben, Übertretungen von Regulierungs-Standards, die Umgehung von Vorschriften, exzessive Risikobereitschaft und fragwürdige Geschäftspraktiken offen zu legen.
 - e) für eine volle Transparenz und umfassende Konsultationen der Beschäftigten bei staatlich verordneten Umstrukturierungsprozessen, sowohl durch die betreffenden Unternehmen und die Landesbehörden auf allen Stufen und in allen betroffenen Ländern zu kämpfen. Arbeitsnormen und Tarifverträge müssen respektiert werden.
 - f) eine vielfältige Finanzwirtschaft mit kleinen, mittelgroßen und großen Firmen, mit lokalen, nationalen und multinationalen, mit privaten, genossenschaftlichen und öffentlichen Instituten zu fördern.
 - g) das UNI Finanz-G20-Netz von Gewerkschaften aus den für das globale Finanzsystem entscheidenden Ländern zu fördern. Gewerkschaften und Angestellte zweifeln, dass Banker und Finanzminister diesmal den richtigen Weg finden. Die Stimme der Angestellten muss gehört werden. Unser Ziel ist es, den Reformprozess für das globale Finanzsystem durch eine engere aktive Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen auf regionaler und globaler Ebene zu beeinflussen.
- 19** Der Kongress verpflichtet sich, die internationale Solidarität in der kommenden Kongressperiode durch Massenkämpfe zu intensivieren und zu koordinieren.

EntschlieÙung Nr. 5

Frieden

Der 3. UNI-Weltkongress:

- 1** Bekräftigt erneut seine volle Unterstützung der einzigartigen und legitimen Aufgabe der Vereinten Nationen und des Völkerrechts bei der Gewährleistung von Frieden und Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte weltweit.
- 2** Unterstützt das Ziel einer friedlichen Welt, frei von Angst, in der Kriege geächtet sind, in der der Bau von Atomwaffen verboten ist und alle bestehenden Nuklearwaffen zerstört wurden.
- 3** Unterstützt das Ziel einer friedlichen Welt, frei von Angst, die zu einem Raum sozialer Gerechtigkeit geworden ist, basierend auf der allgemeinen Anerkennung der Menschenrechte und der Ablehnung von Rassismus und Diskriminierung in jeder Form.
- 4** Der Kongress fordert daher alle Regierungen auf,
 - a)** sich für eine beträchtliche Kürzung der Militärausgaben und ihre Verwendung für die Erfüllung dringender sozialer Bedürfnisse, für die internationale Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Umwandlung der Waffenproduktion in eine Produktion für friedliche Zwecke einzusetzen;
 - b)** sich um eine weltweite Abrüstungsmaßnahme sowie um eine wirksame internationale Regulierung der Produktion und des Handels mit Waffen, einschließlich eines vollständigen Verbots von Antipersonallandminen und Streubomben, des Verbots von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, eine weltweit nachhaltige Verringerung und Nichtverbreitung von Kernwaffen, auch im Iran und in Nordkorea, und insbesondere um die Beseitigung sämtlicher Massenvernichtungswaffen zu bemühen;
 - c)** Ratifizierung des Übereinkommens über das Verbot von Antipersonenminen und den Vertrag zur Abschaffung von Streumunition und Förderung dessen politischer und humanitärer Ziele.
 - d)** Maßnahmen zur friedlichen Beilegung von Konflikten, zur strafrechtlichen Verfolgung derjenigen, die sich Kriegsverbrechen und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, sowie zur Stärkung multilateraler Maßnahmen zur Sicherstellung und Wahrung des Friedens und zur umfassenden Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofes, insbesondere dass ihm die Zuständigkeit verliehen wird, selbst Fälle vor Gericht zu bringen, nachdrücklich zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass sich die UNO-Mitgliedsstaaten an das in der Charta der Vereinten Nationen festgelegte Ziel halten und auf die Drohung mit Gewalt oder die Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist, verzichten;

- e) Verletzungen der Rechte, insbesondere von Frauen, in bewaffneten Konflikten anzuprangern; sicherzustellen, dass die Täter vor Gericht gebracht werden, und Mittel zur Unterstützung und zum Schutz von Frauen, die als Kriegswaffen benutzt werden, bereitzustellen
 - f) den Friedensprozess im Nahen Osten auf der Grundlage der Prinzipien und der Resolution der UN voranzutreiben;
 - g) die Entwicklung durchsetzbarer Instrumente zu unterstützen, um das Verhalten multinationaler Unternehmen zu kontrollieren, die in Regionen tätig sind, die einen Konflikt durchmachen oder durchgemacht haben, in denen die Regierung schwach ist, bzw. die von derartigen Situationen profitieren;
 - h) Diktaturen zu verurteilen und dafür zu sorgen, dass Demokratie und Menschenrechte in allen Ländern gewahrt werden.
- 5** Der Kongress beschließt, dass UNI Global Union auf regionaler und weltweiter Ebene
- a) mit Gewalt konfrontierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weiterhin unterstützen und verteidigen wird und Mitgliedsorganisationen, die sich in Konfliktsituationen um Frieden, Aussöhnung und den Aufbau von Demokratie bemühen, praktische und politische Unterstützung gewährt;
 - b) Gewerkschaftsmaßnahmen zur Verbesserung der Toleranz und des Verständnisses unter verschiedenen Nationen und Kulturen fördern und die Mitgliedsorganisationen ermutigen wird, ihre Bemühungen um Solidarität und Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene abzustimmen, auch durch die Zusammenarbeit mit sozialen und Friedensbewegungen und mit anderen Organisationen, die die Anliegen und Werte der Gewerkschaftsbewegung teilen.

EntschlieÙung Nr. 6

Migration und Frauenhandel

- 1 Der im Zeichen der Globalisierung stehende Arbeitsmarkt hat die Mobilität der Arbeitskräfte innerhalb der einzelnen Länder und länderübergreifend erhöht. Arbeitskräfte-Entsendeländer und Empfängerländer profitieren wirtschaftlich von der Migration, die ersteren in der Form von Deviseneinnahmen und einer Abschwächung der Arbeitslosigkeit und die letzteren durch die Zufuhr von geistigen und körperlichen Ressourcen.
- 2 Die Arbeitsmigration wird sich mit der breiteren der Anwendung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (WTO-GATS) zweifellos weiter verstärken, und der Klimawandel könnte diese Entwicklung ebenfalls verschärfen. Wirtschaftliche und politische Faktoren sind heute zweifellos die wichtigsten treibenden Kräfte der Migration und Verdrängung, doch hat nun auch der Klimawandel dort eine deutlich erkennbare Wirkung, wo Menschen aufgrund von Naturkatastrophen vertrieben werden.
- 3 Viele Migrantinnen und Migranten sind jedoch Opfer von Diskriminierung und Ausbeutung in verschiedener Form, eine Situation, die dadurch verschärft wird, dass bestimmte Regierungen die internationalen Arbeitsnormen, die die Rechte von Arbeitsmigranten schützen und den Schutzmantel inländischer Arbeitsgesetze und Regelungen auf sie ausdehnen, nicht anerkennen. In den Arbeitskräfte-Entsende- und Arbeitskräfte-Empfängerländern gibt es weiterhin zahlreiche rechtliche und institutionelle Hindernisse für eine Gleichbehandlung von Arbeitsmigranten und die Gewährleistung ihrer Grundrechte als Arbeitnehmer und als Menschen, und in diesem Zusammenhang muss auch für die Problematik des Menschenhandels eine Lösung gefunden werden.
- 4 Dies führt UNI Global Union zu folgenden Entscheidungen:
 - a) Alle UNI Global Union-Gewerkschaften sollten sich aktiver für ein gleiches Schutzniveau für ArbeitsmigrantInnen in ihren jeweiligen Ländern einsetzen, und zwar mit folgende Maßnahmen:
 - a.1 Lobbyierung und Auforderung ihrer Regierungen,
 - a.1.1 internationale Arbeitsabkommen zum Schutz von MigrantInnen und Opfern von Menschenhandel, insbesondere die UNO-Konvention über die Rechte von Arbeitsmigranten und ihrer Familien und das Ergänzungsprotokoll zur Verhinderung, Unterbindung und Bestrafung von des Menschenhandels zu ratifizieren und diskriminierende Arbeitsregelungen in ihren eigenen Ländern abzuändern oder aufzuheben.
 - a.1.2 bilaterale Verträge mit Arbeitskräfte-Entsende- und Empfängerländern auszuhandeln, gestützt auf standardisierte Vereinbarungen, die mit den internationalen Arbeitsnormen in Einklang steht. Diese

Vereinbarungen sollten klare Informationen über Arbeitsbereiche und die hier geltenden Bedingungen enthalten.

- a.1.3 zu gewährleisten, dass Hausarbeit leistende Migrantinnen ausdrücklich in den Geltungsbereich nationaler Gesetze einbezogen werden und dass Hausangestellte unter Bezugnahme auf diese Gesetze ihre Rechte geltend machen können.
- a.1.4 dem Schutz besonders verletzlicher Gruppen wie staatenlosen Personen, Asylbewerbern und Flüchtlingen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um sicherzustellen, dass sie nicht Opfer von Menschenhandel werden.
- a.1.5 gendersensible Migrationspolitiken zu entwickeln und sicherzustellen, dass die Praxis der Regierungen gegenüber MigrantInnen diese gendersensiblen Strategien zum Ausdruck bringt, da die Tendenz einer zunehmenden Feminisierung der Migration klar anerkannt wird.
- a.1.6 den Handel mit Frauen und Kindern zu kriminalisieren und alle Täter zu bestrafen, auch Verantwortliche, die der sexuellen Belästigung von Frauen und Kinder unter ihrer Aufsicht beschuldigt werden.
- a.2 Lancierung starker Initiativen gegen Falschinformationen über Migranten und den Effekt der Migration, die die Öffentlichkeit gegen die Migranten aufhetzen.
- a.3 Maßnahmen zur Prüfung von Arbeitsangeboten für Frauen einzuleiten, um zu vermeiden, dass Arbeitnehmerinnen betrogen werden.
- a.4 Bereitstellung von Sozial- und Rechtsdiensten und anderen Dienstleistungen, die Gewerkschaftsbüros für ArbeitsmigrantInnen anbieten können, um diese zu unterstützen und zu organisieren.
- b) Maßnahmen im Rahmen von UNI Global Union auf regionaler und globaler Ebene:
 - b.1 Förderung der Ratifizierung internationaler Arbeitsübereinkommen über den Schutz von Arbeitsmigranten.
 - b.2 Aufbau einer Zusammenarbeit zwischen dem Rat der Global Unions, dem IGB und anderen Globalen Gewerkschaftsverbänden, aber auch mit Sonderorganisationen und Regierungsbehörden im Kampf gegen Menschenhandel.
 - b.3 Ermutigung und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, im Rahmen von Tarifverhandlungen eine sichtbarere und aktivere Rolle bei der Förderung der Rechte von Migranten zu spielen.
 - b.4 Da es sich bei der Migration oft um ein grenzüberschreitendes Phänomen handelt, müssen wirksame Mechanismen zur regionalen Zusammenarbeit in Fragen der Arbeitsmigration und des Menschenhandels entwickelt werden, die sich insbesondere auf die Notlage von Migranten ohne Papiere und ihre Familien sowie auf staatenlose Personen beziehen.

Entschließung 6: Migration und Frauenhandel

- b.5** Zusammenarbeit mit Zivilgesellschafts-Organisationen und anderen Gruppen der Gesellschaft, um Arbeitsmigranten Hilfe und Schutz zu gewähren.
- b.6** Studien über geschlechter-/branchen-/migrantenspezifische Zusammenhänge.
- b.7** Zusammenarbeit mit gleich gesinnten Gruppen zur Schaffung multilateraler Rahmenbedingungen für die Migration in der globalen Wirtschaft.

EntschlieÙung Nr. 7

Zu der Basis vordringen

Ein neuer Kommunikationsplan wird der Mission von UNI zur Unterstützung und Stärkung der Mitgliedsorganisationen und zur Verbesserung des Lebens der Beschäftigten im Dienstleistungssektor und verwandten Bereichen Nachdruck verleihen. UNI muss auf der Kraft der 20 Millionen Arbeitnehmer/innen, die sie vertritt, aufbauen, um zu unseren Mitgliedsorganisationen durchzudringen und sie für unsere Aktion für globale Veränderungen zu gewinnen.

UNI wird die Sichtbarkeit ihrer Tätigkeiten in unseren Mitgliedsorganisationen verbessern und ihre aktive Mitwirkung in unseren Kampagnen durch den Einsatz neuer Medieninstrumente ermutigen, mit dem Ziel, ihre Teilnahme an globalen Solidaritätskampagnen zu erleichtern und ihre Organisationsarbeit wirksamer zu gestalten.

1 Aufbau von Solidarität und Stärkung unserer Stellung gegenüber Regierungen und Arbeitgebern:

Um UNI-Organisierungskampagnen und unsere Mitgliedsorganisationen in ihrem Kampf für Anerkennung und faire Verträge wirksam zu unterstützen, müssen wir in der Lage sein, unsere Mitgliedschaft weltweit zu mobilisieren. Wir müssen die Stärke unserer Basis nutzen.

2 Entwicklung eines Kommunikationsnetzes:

Wir werden den Aufbau eines starken globalen Kommunikationsnetzes mit Hilfe der neuesten Technologien und der expandieren Kommunikationsnetze der Mitgliedsorganisationen fortführen.

- a) **Neue Medienstrategie:** UNI und ihre Gewerkschaften werden Internet und E-Mail zur Förderung der Mitwirkung an wichtigen Kampagnen und Aktionen nutzen. Mit Hilfe bestehender und neuer innovativer Technologien sollen Mitgliedsorganisationen auf der ganzen Welt zusammengeführt werden, so dass immer mehr Organisationen und Beschäftigte auf Echtzeitbasis in die verschiedenen Initiativen einbezogen werden können.
- b) **Zielgesellschaften:** UNI wird sich auf Schlüsselkampagnen für die einzelnen Sektoren unter besonderer Berücksichtigung von Gruppen wie Jugend und Frauen konzentrieren und mit unseren Mitgliedsorganisationen eine Aktivistenliste erstellen, die uns erlaubt, eine aktive Teilnahme an unseren Kampagnen aufzubauen und dabei UNI unsere Gewerkschaften zu stärken.
- c) **Wichtige Kommunikationskontakte:** Die UNI-Mitgliedsorganisationen werden aufgerufen, eine Kontaktperson zu bestimmen, die für Solidaritätsgesuche zuständig ist, damit wir rasch und wirksam auf Kampagnengesuche reagieren können; unsere Gewerkschaften werden zudem ermutigt, UNI Global Union auf ihren Websites und den Websites ihrer Orts- und Branchengewerkschaften hinzuzufügen.

- d) **Aktions-Mandatserteilung:** UNI-Mitgliedsorganisationen engagieren sich, mindestens fünfmal pro Jahr, eine E-Mail-Solidaritätsbotschaft von UNI an alle ihre Aktivist/innen zur Unterstützung von globalen UNI Global Union-Kampagnen zu senden.
- e) **Aufbau einer Aktionsgemeinschaft:** E-Mail-Kampagnen, elektronische Petitionen, Botschaften 'werdet aktiv' und andere technologiebasierte Kommunikationen, die sich direkt auf das Leben von UNI-Mitgliedern auswirken. UNI wird Informationen erteilen und Nachrichten über die von den Mitgliedsorganisationen durchgeführten Kampagnen und Aktionen, mit denen sie kontinuierlich versuchen, die Arbeitsbedingungen und die Kollektivverhandlungen zu verbessern, in Umlauf bringen.
- f) **Zusammenschluss mit Verbündeten:** UNI wird ihre Verbindungsmöglichkeiten zu Verbündeten, wie NGO erweitern, um unseren öffentlichen Unterstützungsaktionen Nachdruck zu verleihen.
- g) **Absolut alle erreichen:** UNI will Kommunikationsmethoden finden, die ihr erlauben, alle ihre Mitgliedsorganisationen zu erreichen, auch in Ländern und Regionen, in denen die meisten Arbeitnehmer/innen keinen Zugang zu Internet und E-Mail haben.
- h) **Erfahrungen austauschen:** UNI wird weiterhin ein jährliches Kommunikatoren-Forum veranstalten, auf dem Kommunikationsbeauftragte unserer Mitgliedsorganisationen aus der ganzen Welt Erfahrungen und beste Praktiken austauschen und ihre künftige Zusammenarbeit planen können. Wir werden zudem abwechselnd in den einzelnen Regionen Foren durchführen, um starke Strategien für regionsspezifische Fragen zu entwickeln.

Entschließung Nr. 8

Lieferketten – Ethischer Handel - Schutz der ArbeitnehmerInnen

- 1 UNI Global Union bekräftigt ihr Engagement für die Verbesserung des Arbeitsalltags von Beschäftigten in Lieferketten in allen Teilen der Welt.
- 2 Regulierung und Arbeitsstandards unterscheiden sich von Land zu Land. Die globale Wirtschaftskrise hat den Marktdruck auf die Lieferketten weltweit erhöht, und Millionen von Menschen arbeiten unter sehr harten Bedingungen.
- 3 UNI Global Union verpflichtet sich zur Förderung ethischer Formen des Handels und wird die in Lieferketten beschäftigten Personen unterstützen, indem sie sich für folgende Prinzipien einsetzt:
 - a) Freie Wahl der Beschäftigung
 - b) Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen
 - c) Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
 - d) Verbot der Kinderarbeit
 - e) Gewährleistung existenzsichernder Einkommen
 - f) Garantierte Arbeitspausen
 - g) Begrenzung der Arbeitszeit
 - h) Gleicher Lohn für erwerbstätige Frauen und gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit
 - i) Beschäftigungssicherheit
 - j) Schutz von physischer, verbaler und sexueller Belästigung
- 4 UNI Global Union wird sich gemeinsam mit Gewerkschaften, Lieferanten und Einzelhändlern einsetzen, um:
 - a) den Aufbau stärkerer Systeme der Rechenschaftspflicht und Regulierung in den Lieferketten zu fördern, damit die Ausbeutung schutzbedürftiger Arbeitskräfte verhindert werden kann.
 - b) Die Unternehmen dazu zu bringen, dass sie die Unternehmensverantwortung zur Beseitigung von Missbräuchen und Diskriminierung in Lieferketten akzeptieren und fördern.

EntschlieÙung Nr. 9

Aktionen zur Unterstützung von Fach - und Führungskräften

- 1** Aufgrund der steigenden Anzahl Fach- und Führungskräfte in aller Welt sowie von deren strategischer Bedeutung bei Unternehmen und Gewerkschaften müssen UNI Global Union und ihre Mitgliedsorganisationen ihre Bemühungen zur Anwerbung und gewerkschaftlichen Organisierung der Fach- und Führungskräfte und zur Förderung von deren Beteiligung an den Aktivitäten und strategischen Kampagnen der Gewerkschaften intensivieren.
- 2** Der Kongress stellt fest, dass heute über 340 Mitgliedsorganisationen rund 1,4 Millionen Fach- und Führungskräfte bei UNI Global Union vertreten und dass hohes Potenzial für weiteres Wachstum vorhanden ist.
- 3** Fach- und Führungskräfte benötigen Gewerkschaften, und die Gewerkschaften sind auf Fach- und Führungskräfte angewiesen, um die Entwicklungen im Arbeitsleben und in der Gesellschaft kollektiv zu beeinflussen und ihre Kreativität und ihren Erfindungsgeist im Hinblick auf die Modernisierung der Arbeitnehmerbewegung zu mobilisieren.
- 4** Die Fach- und Führungskräfte auf regionaler und örtlicher Ebene bei UNI Global Union sollten Bestandteil der Politik und der Kampagnen werden, um globale Abkommen mit multinationalen Unternehmen zu erreichen.
- 5** Fach- und Führungskräfte sollten eine aktive Rolle bei der Umsetzung und Überwachung der globalen Abkommen spielen und zugleich Nutzen aus den Bestimmungen in diesen Abkommen ziehen.
- 6** Der Kongress fordert UNI Global Union auf, weiterhin Themen von Belang für die Fach- und Führungskräfte, wie ethische und berufliche Verantwortung, geografische und berufliche Mobilität, lebenslanges Lernen und Beschäftigungsfähigkeit, Förderung weiblicher Fach- und Führungskräfte, Work-Life-Management, Anwerbung von und Dienstleistungen für Fach- und Führungskräfte, zu behandeln.
- 7** Der Kongress fordert UNI Global Union auf, die Anliegen der Fach- und Führungskräfte in allen entsprechenden Sektoren anzugehen und Maßnahmen zur Verstärkung der Strukturen für Fach- und Führungskräfte zu treffen, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

Entschließung Nr. 10

Soziale Sicherheit und Gesundheitsvorsorge sind grundlegende Bestandteile menschenwürdiger Arbeit

- 1** Menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit sind Konzepte, die sich gemeinsam entwickeln. Sie sind die beiden Seiten ein- und derselben Münze. Menschenwürdige Arbeit garantiert und stärkt die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen in der Gesellschaft. Soziale Sicherheit schützt die ArbeitnehmerInnen umfassend und integriert das Arbeitskapital, das die ArbeitnehmerInnen gemäß ihrer eigenen und familiären Bedürfnisse schaffen, bereitstellen und beanspruchen.
- 2** Arbeit und soziale Sicherheit stellen grundlegende, unverzichtbare und unveräußerliche Menschenrechte dar. So werden sie von den Vereinten Nationen in der Universellen Menschenrechtserklärung (Artikel 22) anerkannt. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) verabschiedete ihrerseits die Konvention Nr. 102 über die „Mindestnormen der sozialen Sicherheit“, die die wichtigsten Bedarfsfälle und die grundsätzlichen Leistungen enthält, die in einer umfassenden, solidarischen und universellen sozialen Sicherung enthalten sein müssen.
- 3** Infolge der Politik der Zurücknahme des Staates, die in den letzten Jahrzehnten in bestimmten Ländern zu beobachten war, welches übrigens auch die Länder sind, die am stärksten von internationalen Finanzinstitutionen unter Druck gesetzt wurden, wurden einige Systeme sozialer Sicherheit in Gesundheitssysteme und in Pensionssysteme aufgegliedert, deren Verwaltung oftmals nach Marktwirtschafts- und Wettbewerbskriterien privatisiert wurde.
- 4** In einer nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien funktionierenden Wirtschaft werden die genannten Rechte missachtet und Konzepte der Unterstützung und Solidarität durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage untergraben, wodurch menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit unmöglich werden.
- 5** UNI Global Union ist der Auffassung, dass jede Arbeit menschenwürdige Arbeit sein muss, weshalb wir Beschäftigungsverträge ohne soziale Sicherheit, die Prekarisierung der Arbeit sowie auch der Abbau der Rechte zum Schutz der ArbeitnehmerInnen kategorisch ablehnen. Soziale Sicherheit ist ein globales Konzept, das Gesundheitsfürsorge und Rentensysteme umfasst, menschenwürdige Arbeit garantiert und keinen Raum für die finanzielle Spekulation lässt
- 6** UNI unternimmt Anstrengungen, um
 - a)** Beschäftigungspolitik durch soziale Sicherheit zu verstärken, um die Beschäftigten in der Erwerbs- und Ruhestandsphase präventiv zu schützen, mit Hilfe solidarischer und gemeinschaftlicher Fonds zu stärken, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann.
 - b)** auf allen Ebenen jener Länder, die die Rechte der ArbeitnehmerInnen im Bereich der sozialen Sicherheit gekürzt haben, eine Debatte anzuregen, die die

Entschließung 10: Soziale Sicherheit und Gesundheitsvorsorge sind grundlegende Bestandteile menschenwürdiger Arbeit

Konsequenzen herausstellt und die aktiv zu der Umgestaltung und der Ausarbeitung von Konzepten für neue Strategien beiträgt, die dann in den einzelnen Ländern umgesetzt werden.

- c) auch weiterhin zu betonen, dass nur durch ein universelles und solidarisches System sozialer Sicherheit faire Arbeitsbedingungen gewährleistet werden können, weshalb unbedingt der Rechtsstatus der sozialen Sicherheit und menschliche Erwägungen vor wirtschaftlichen Überlegungen stehen müssen.
- d) Regierungen dazu anzuregen, ihrer Aufgabe als Aufsichtsbehörden und als Regulatoren bei der Umsetzung der ratifizierten, internationalen UNO- und IAO-Übereinkommen über Arbeit nachzukommen.

Entschließung Nr. 11

UNI Global Union arbeitet für die Beseitigung von Gewalt am Arbeitsplatz

- 1** Gewalt am Arbeitsplatz ist ein schwerwiegendes Problem, von dem männliche und weibliche Beschäftigte betroffen sind. Unter Gewalt ist die Anwendung physischer oder psychischer Kräfte gegenüber einer Person zu verstehen, die eingesetzt wird um, einen Konflikt zu lösen oder etwas Bestimmtes zu erreichen. Gewalt missachtet die Würde des Menschen und hindert die Beschäftigten daran, ihre Arbeit effizient auszuführen, da sie sich stark gedemütigt und fehl am Platz fühlen, weil ihr Selbstwertgefühl stark beeinträchtigt ist.
- 2** Deshalb muss Gewalt am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit den Menschenrechten angegangen werden, um diese Problematik entsprechend einschätzen und verstehen zu können. Eine weitere Form der Gewalt stellt sexuelle Belästigung dar, was die IAO als "unerwünschtes Verhalten sexueller Natur, das die Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz beeinträchtigt", bezeichnet. Gewalt am Arbeitsplatz kann Beschäftigten von jeglicher Person am Arbeitsplatz zugefügt werden, einschließlich von Kunden. Gewalt durch Kunden ist vor allem ein Problem für Beschäftigte mit direktem Kundenkontakt.
- 3** Gewalt am Arbeitsplatz im Arbeitsumfeld der Beschäftigten darf nicht länger heruntergespielt oder ignoriert und als ein undeutendes Problem betrachtet werden. Jeglicher Verstoß dieser Art muss gemeldet werden, und den Beschäftigten, die damit konfrontiert sind, muss geholfen werden. Sie müssen zudem dauerhaft geschützt werden, damit ihnen für ihren Mut der Aufzeigung nicht noch weiter Gewalt zugefügt werden kann.
- 4** Die Gewerkschaftsorganisationen müssen sich unbedingt dafür einsetzen, dass das Ziel der Schaffung eines gewalt- und angstfreien gesunden Arbeitsumfelds in die globale Gewerkschaftsarbeit integriert wird.
- 5** UNI unternimmt Anstrengungen, um
 - a)** eine Politik und soziale Tätigkeiten zu fördern, die die (körperliche, psychische und moralische) Gesundheit am Arbeitsplatz als zentrales Thema für die Arbeitswelt beinhalten.
 - b)** die Werte des Respekts und Dialogs in den Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen im Rahmen der Menschenrechte zu fördern.
 - c)** sicherzustellen, dass Fälle von Gewalt am Arbeitsplatz gemeldet werden, damit sie ausgemerzt werden können.
 - d)** Schulungs- und Informationskampagnen über die Erscheinungsformen von Gewalt, wie z. B. die Gewalt durch Kunden, einschließlich körperlichen, verbalen oder psychologischen Missbrauchs und Belästigung am Arbeitsplatz, zu fördern, sowie einen Austausch über bestehendes Material zwischen den UNI-

Mitgliedsorganisationen zu initiieren und dieses ggf. gemeinsam weiter zu entwickeln".

- e) eine aktive Politik zur Entlarvung von Gewalt im Arbeitsumfeld zu fördern, damit sie sichtbar gemacht werden kann und nicht länger ungehört bleibt.
- f) eine öffentliche Politik zu unterstützen und voranzutreiben, die die Wahrung der Menschenrechte für alle Bürger uneingeschränkt gewährleistet und in die Arbeitsnormen einbindet.
- g) anzuregen, dass eine Norm in die Tarifverträge integriert wird, die ein gewaltfreies Arbeitsumfeld gewährleistet und damit zur Verbesserung der Gesundheit am Arbeitsplatz beiträgt.

Entschließung Nr. 12

Gesundheitsvorsorge ist ein für menschenwürdige Arbeit unverzichtbares Menschenrecht

- 1** Gesundheit ist nach der Definition der WHO ein "Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens, der sich nicht nur durch die Abwesenheit von Krankheit und Behinderung auszeichnet".
- 2** Gesundheitsfürsorge ist ein Recht und eine Verpflichtung. Jeder Bürger hat einen Anspruch darauf, und jeder Staat hat die Pflicht, erschwingliche, universelle und auf Solidarität basierende Gesundheitsdienste bereitzustellen.
- 3** Gesundheitsvorsorge ist ein grundlegendes Menschenrecht, weshalb es den Gewerkschaften obliegt, den universellen Zugang der ArbeitnehmerInnen zu Gesundheitsdiensten sicherzustellen und zu überwachen.
- 4** UNI hat wiederholt erklärt, dass die Gesundheitsvorsorge nicht einfach wie eine Handelsware Angebot und Nachfrage überlassen werden darf. Sie muss vom Staat garantiert werden, da sie eine Investition darstellt, deren Ertrag effektiv die Gesundheit selbst ist.
- 5** Die Umsetzung des Ziels der menschenwürdigen Arbeit ist eines der wichtigsten Instrumente für die Gewährleistung der Achtung von Menschenrechten.
- 6** Menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit sind zwei untrennbar miteinander verbundene Konzepte, da die formelle Beschäftigung die Arbeitnehmerintegration und die Interaktion mit einer modernen und demokratischen Gesellschaft stärkt, die Prävention, Vorsorge und Wiedererlangung der Gesundheit fördert.
- 7** UNI unternimmt Anstrengungen, um
 - a)** die Mitgliedsorganisationen aktiv an der Ausarbeitung oder Überarbeitung der Gesundheitspolitik in den einzelnen Ländern zu beteiligen, mit dem Ziel einen universellen Zugang sowie eine verbesserte Versorgung sicherzustellen.
 - b)** zu erreichen, dass die einzelnen Staaten die internationalen Übereinkommen im Bereich der Gesundheit ratifizieren, falls sie dies noch nicht getan haben.
 - c)** die Einhaltung der internationalen Übereinkommen in den Bereichen Gesundheit und soziale Sicherheit durch die Zusammenarbeit aller Mitgliedsorganisationen voranzutreiben.
 - d)** Sensibilisierungs- und Informationskampagnen über das universelle Recht auf Gesundheitsvorsorge auszuarbeiten.
 - e)** sicherzustellen, dass alle Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, damit die Einhaltung der in unseren Ländern geltenden Gesundheitsvorschriften wirksam überwacht werden kann.

- f) mehr Investitionen für Forschung im Bereich Gesundheit anzuregen, wobei es um mittel- und langfristige Investitionen handelt, und eine aktive Politik voranzutreiben, die ein angemessenes, erschwingliches und zeitgemäßes Gesundheitssystem gewährleistet.
- g) die Staaten aufzurufen, sicherzustellen, dass die Grundlagenforschung im Bereich der Medikamenten-Entwicklung nicht ausschließlich den großen Pharmaunternehmen überlassen wird, die vorrangig an Medikamenten interessiert sind, die sich gut vermarkten lassen, und zu gewährleisten, dass Medikamente ohne Beteiligung der Pharmaunternehmen hergestellt werden können. Forschern könnte im Gegenzug dafür, dass sie ihre Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, Schutz gewährt werden. Damit könnte dafür gesorgt werden, dass Informationen über neueste Technologien allen zugänglich sind, was wiederum Anstoß zu weiteren Entwicklungen im Bereich der Pharmaforschung geben kann.

Entschließung Nr. 13

Klimawandel und nachhaltige Entwicklung

- 1** Für den Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen aller Völker der Welt ist es von größter Bedeutung, die Problematik des Klimawandels anzugehen. Umweltzerstörung und das Phänomen des Klimawandels haben schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensunterhalt von Millionen von Beschäftigten und auf die Nachhaltigkeit vieler Gemeinschaften.
- 2** Vom Klimawandel sind hauptsächlich arme Länder betroffen. Die Statistiken zeigen, dass sich im vergangenen Jahrzehnt über 90 Prozent der Naturkatastrophen in Ländern der dritten Welt ereigneten. Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, verlieren nun infolge dieser Veränderungen ihr Einkommen, ihr Heim und ihr Leben.
- 3** Es müssen umfassende Maßnahmen für eine Anpassung an die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels ergriffen werden. Der notwendige Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft stellt eine gute Gelegenheit dar, um eine bessere Gesellschaft für alle zu schaffen – mit mehr Gleichberechtigung der Länder und Völker, Beseitigung der Armut, mehr Demokratie, besseren Arbeitsbedingungen und weniger Druck und Stress.
- 4** Es besteht ein enormes Potenzial für die Schaffung nachhaltiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze, abgeleitet aus einem ausgewogenen Übergangsprozess, bei dem in die Modernisierung der Industrie investiert wird, in der Form von technologischer Entwicklung und Schulung, Sozialschutz und neuen Möglichkeiten für nachhaltige Beschäftigung und hochwertige Arbeitsplätze. Bei diesem Modell wird eine Strategie gefördert, die Umweltklauseln in Kollektivverträgen verankert und Umweltbeauftragte auf nationaler und internationaler Ebene eine wichtige Rolle spielen können, so dass Beschäftigungs- und Umweltdimensionen in den Kampf gegen den Klimawandel einfließen. Dies würde die vollständige institutionelle Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung und Umsetzung der staatlichen Umweltpolitik beinhalten; solche Modelle werden von mehreren UNI-Mitgliedsorganisationen und ihren Regierungen bereits entwickelt.
- 5** Internationale Abkommen und Regelungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen müssen universell angewandt werden. Die Regierungen sollten einen politischen Rahmen vorgeben, um die Kohlenstoffemissionen gering zu halten.
- 6** Die Gewerkschaftsmitglieder setzen sich mit den Konsequenzen des Klimawandels auseinander und sind darauf vorbereitet, einzeln oder gemeinsam in dieser Hinsicht aktiv zu werden. Die Gewerkschaften können als kollektive Organisationen eine entscheidende Rolle am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft ganz allgemein spielen, insbesondere dort wo optimale Voraussetzungen für ein Engagement der Mitglieder und potenziellen Mitglieder gegeben sind.

- 7 Gewerkschaften sollten mit gutem Beispiel vorangehen und im Hinblick auf eine Verringerung von Emissionen mit Arbeitgebern im öffentlichen und privaten Bereich zusammenarbeiten.
- 8 Arbeitnehmerorganisationen müssen den Umweltschutz und einen achtungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern, um mehr Bewusstsein in der Arbeitswelt und ganz allgemein in der Gesellschaft zu schaffen und unseren Kindern eine nachhaltige Welt zu hinterlassen.
- 9 Der Kongress fordert UNI auf:
 - a) mit den Mitgliedsorganisationen, dem IGB und den anderen GGV zusammenzuarbeiten, um 2010 in Cancun ein Abkommen über den gerechten Übergang zu einer "kohlenstoffarmen" Gesellschaft, zu erzielen, auf der Basis gemeinsamer Konsultationen zwischen Industrie, Gewerkschaften und Regierungen; und saubere Arbeitsplätze und hochwertige Beschäftigung sowie die notwendig Umschulung der Arbeitskräfte zu gewährleisten.
 - b) die Aktualisierung der gültigen Umweltgesetzgebung in den einzelnen Ländern durch die Mitgliedsorganisationen aktiv voranzutreiben und sich daran zu beteiligen.
 - c) streng darauf zu achten, dass die Perspektive der Frauen in die Diskussionen über die Initiativen zum Umgang mit dem Klimawandel einfließt.
 - d) Instrumente zu entwickeln, durch die sich Beschäftigte neue Kompetenzen aneignen können, die ihnen erlauben, als Resultat der Förderung grüner Arbeitsplätze ihre Tätigkeiten fortzuführen oder neue Aufgaben zu übernehmen, und sicherzustellen, dass die Ausrichtung auf grüne Jobs positive Auswirkungen für die Beschäftigten des betreffenden Sektors hat.
 - e) Themen wie Umweltschutz und ein ausgewogener Übergang zu grünen Jobs in gewerkschaftliche Bildungslehrgänge einzubinden.
 - f) große Multis, vor allen diejenigen, die globale Abkommen unterzeichnet haben, zu ermutigen, zusammen mit Gewerkschaften in den Unternehmen sowie auf nationaler und internationaler Ebene Umwelt-Audits durchzuführen, Umwelt-Aktionsplänen zu zustimmen und Umweltvereinbarungen zu treffen. Mit gezielten gewerkschaftlichen Aktionen sollten die Maßnahmen, die Unternehmen am Arbeitsplatz im Hinblick auf die Erfüllung von Umweltzielen ergreifen, überwacht werden; der Austausch spezifischer Erfahrungen über klimatische Verbesserungen mit Hilfe des Einsatzes informationstechnologischer Instrumente zu deren globalen Verbreitung sollte gefördert werden.
 - g) Gemeinsam mit dem IGB und befreundeten GGV strategische Allianzen mit UNEP, IAO und WHO zu bilden, um gemeinsame Programme in Bezug auf menschenwürdige Arbeit, hochwertige Arbeitsplätze, nachhaltige Entwicklung und Mechanismen für einen ausgewogenen Übergang auszuarbeiten, im Bestreben, bestehende Arbeitsplätze nachhaltiger zu gestalten und dadurch in allen Regionen der Welt und allen Sektoren zu der Entwicklung anderer Initiativen beizutragen, die die gleichen Ziele verfolgen.

Entschließung 14

Naher Osten

- 1** Der UNI-Weltkongress bekräftigt sein Engagement für die Schaffung eines fairen, dauerhaften und vollständigen Friedens im Nahen Osten, im Einklang mit den diesen Konflikt betreffenden UNO-Resolutionen. Das Streben nach einem umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina muss auf der Koexistenz von zwei souveränen, unabhängigen und existenzfähigen Staaten unter sicheren Bedingungen basieren.
- 2** UNI verurteilt jede Form von Terrorismus, militärischer Besetzung und Ungerechtigkeit. Die Besetzung des Westjordanlands, die Blockade des Gazastreifens und das Fortbestehen illegaler israelischer Siedlungen verlängern die Instabilität und Gewalt in der Region.
- 3** UNI weist darauf hin, dass die Fortdauer dieses Konflikts die Zahl der unschuldigen zivilen Opfer – insbesondere auch von Frauen und Kindern – weiter erhöht und die Armut und das Leiden der Menschen verschärft.
- 4** UNI gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die jüngste Wiederaufnahme von Verhandlungen zu einem dauerhaften, permanenten Frieden führen wird. Die internationale Völkergemeinschaft muss die Regierungen mehr denn je auffordern, entschlossene Schritte zu unternehmen, um den Friedensprozess unverzüglich zu unterstützen. Die Gelegenheit für eine gerechte Lösung muss unbedingt genutzt werden.
- 5** Wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit müssen im Zentrum jeder Lösung stehen. Menschenwürdige Arbeit für die Palästinenser ist eine zwingende Voraussetzung, da unter den gegenwärtigen Bedingungen Tausende von Palästinensern keine Beschäftigung finden können. UNI ruft die IAO und andere internationale Organisationen auf, ihren Beistand und ihre Unterstützung für die Arbeitnehmer in Palästina zu erhöhen, um auf diese Weise effektiv zum Wiederaufbau dieses Landes beizutragen und die Grundlagen für demokratische und prosperierende Gesellschaften zu schaffen.
- 6** UNI engagiert sich für die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften Palästinas und Israels und wird die in diesem Zusammenhang vom IGB unternommenen Anstrengungen nachhaltig unterstützen.
- 7** Das Ende der israelischen Präsenz im Gazastreifen ist ein wichtiger Schritt zur Beilegung des Konflikts. UNI verlangt daher die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens, in Übereinstimmung mit der Resolution des UNO-Sicherheitsrates 1860 (2009), und von Israel die Beendigung der Besetzung von Gaza sowie den Abriss aller Siedlungen.
- 8** UNI erkennt, dass Wirtschaftsbeziehungen mit den Siedlungen deren Existenz sichern, was im Widerspruch zum Völkerrecht steht. UNI ruft ihre Mitgliedsorganisationen auf,

den Arbeitgebern nahe zu legen, ihre Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen, die von diesen ausnahmslos illegalen Siedlungen profitieren, einzustellen.

- 9** Auch wenn jedes Land das Recht hat, seine Grenzen und das Leben und Wohlergehen seiner Bevölkerung zu verteidigen, ist die Trennmauer zwischen Israel und Palästina ein weiteres Hindernis für den Frieden. UNI verlangt den Abbau der Mauer und anerkennt gleichzeitig, dass die gegenseitige Sicherheit von zentraler Bedeutung für den Frieden ist.

Entschließung Nr. 15

Junge Arbeitskräfte und menschenwürdige Arbeit

- 1** Menschenwürdige Arbeit für Jugendliche ist ein entscheidendes Element dafür, Fortschritte im Hinblick auf die Ausmerzung der Armut sowie eine nachhaltige Entwicklung und Wachstum und Wohlstand für alle zu erzielen.
- 2** Vierzig Prozent der jungen Beschäftigten sind arbeitslos, jedoch nur zwanzig Prozent der aktiven Bevölkerung sind Jugendliche. Die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, ist für Jugendliche dreimal so hoch wie für Erwachsene.
- 3** Die Jugendarbeitslosigkeit betrifft hauptsächlich die schwächsten Gruppen der Gesellschaft, d. h. Frauen und Personen mit sehr niedrigem Bildungsniveau. Die meisten der arbeitslosen Jugendlichen kommen aus Familien mit geringen Einkommen und häufig an der Armutsgrenze leben.
- 4** Noch nie zuvor war es so grundlegend wichtig, die jungen Menschen, die die Zukunft der Gewerkschaften darstellen, in den Mittelpunkt zu stellen. Mit dem Abbau von Schranken haben Jugendliche die nie zuvor da gewesene Möglichkeit, mit einer Neuorientierung der Globalisierung zu beginnen, bei der menschenwürdiger und nachhaltiger Arbeit und einem Finanzsystem, das der Realwirtschaft dient und den Anliegen und Erfordernissen junger Männer und Frauen dient, Vorrang eingeräumt wird.

Der Kongress ruft UNI dazu auf,

- 5** ihre Mitgliedsorganisationen zu ermutigen, junge Führungskräfte in die leitenden Gewerkschaftsgremien zu berufen und auf diese Weise die Einbeziehung neuer Generationen zu ermöglichen.
- 6** den Regierungen nahe zu legen, sich mit der harten Realität von Millionen Jugendlichen, die keinen Zugang zu Arbeit haben, auseinanderzusetzen und eine Politik zu betreiben, die kurz-, mittel- und langfristige Strategien entwickelt, um dieses Problem zu bewältigen.
- 7** einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Berufsausbildung zu unterstützen, um das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Jugendlichen auf die Arbeitswelt vorzubereiten.